Militär als geschlechterpolitisches Terrain : Debatten über den Zusammenhang von Militär und Geschlechterverhältnis

Autor(en): **Seifert, Ruth**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 53

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652364

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ruth Seifert

Militär als geschlechterpolitisches Terrain

Debatten über den Zusammenhang von Militär und Geschlechterverhältnis

Als die amerikanische Armee Ende der 70er Jahre für Frauen geöffnet wurde, erklärte General Westmoreland: „Kein vernünftiger Mann will, dass eine Frau in den Kriegen der Nation kämpft". Zehn Jahre später erklärte General Schwarzkopf, amerikanischer Kommandeur im Golfkrieg, vor dem amerikanischen Kongress: „Ich glaube unsere Fähigkeit, die Nation zu verteidigen, würde leiden, wenn wir von Frauen verlangen würden, dass sie da unten in den Schützengräben mit Bayonetten liegen und Auge in Auge mit dem Feind kämpfen" (zit. in Webster, 1991). In Deutschland erklärte im Februar 2000 der Rechtsprofessor Löwer anlässlich eines Expertenhearings, der weibliche Soldat sei ein Romantizismus, der nicht zu unseren zivilisatorischen Normen gehöre und die Einsatzfähigkeit der Armee schwer schädigen würde (Taz 25.2.2000).

Diese Aussagen stehen stellvertretend für viele ähnlicher Art und kennzeichnen eine für moderne Gesellschaften ungewöhnliche Situation: Obwohl sich in den letzten Jahrzehnten die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern in den westlichen Ländern gravierend verändert haben und die Verweigerung gleicher Positionen für Männer und Frauen in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen hochgradig legitimationsbedürftig ist, ist das Militär eigentümlich unberührt von diesen Gleichstellungstendenzen geblieben. Der Soldatenberuf ist auch am Ende des 20. Jahrhunderts eine fast ausschließlich männliche Domäne. Im Militär, Krieg, in politisch-militärischer Konfliktregelung, Peacekeeping und damit im gesamten Bereich der internationalen Beziehungen und der internationalen Politik herrscht in einer für moderne Gesellschaften extremen und ungewöhnlichen Weise die Geschlechtertrennung.

Ein besonderes Charakteristikum dieser Debatte ist, dass Widerstand gegen die Kombination von Frauen und der Organisation „Militär" nicht nur aus der Organisation selbst kommt. Das wäre, wie wir aus der geschlechtsspezifischen Berufsforschung wissen, eine Reaktion, die für die Anfangsphase der Integration einer bisher ausgegrenzten Gruppe in eine Organisation oder Institution zu erwarten ist. Widerstand kommt vielmehr in dieser Frage zwar nicht unisono, aber zumindest in Teilen, aus allen gesellschaftlichen und politischen Lagern. So bestand in den 90er Jahren weitgehende Einigkeit in der Union, bei der SPD, den Grünen, der PDS sowie anderen politischen Organisationen, dass die Öffnung der Bundeswehr für Frauen nicht wünschenswert sei. Das Militär, so das gängige

Schlagwort, sei kein Ort, an dem Gleichberechtigung oder Emanzipation möglich sei oder angestrebt werden sollte. Stimmen aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund ließen verlauten, dass Frauen dazu da seien, um Frieden zu erhalten und dieser „weiblichen Aufgabe" in der Gesellschaft gerecht werden sollten.

Die feministische Friedensforschung in der Bundesrepublik hielt eine Beteiligung der Frauen am Militär aus politischen und theoretischen Gründen für indiskutabel. Dies mag auf den ersten Blick als der Position einer feministischen Friedensbewegung angemessen erscheinen, ist aber mit den Debatten in anderen Ländern zu kontrastieren. Dort wurde innerhalb von Friedensbewegungen die Frage diskutiert, welche – möglicherweise friedenspolitisch wünschenswerten – Effekte die Geschlechterintegration im Militär haben könne, und darüber hinaus in der feministischen Debatte die Frage, welchen geschlechterpolitischen Effekt Frauen im Militär haben (vgl. z.B. Fineman 2000; vgl. auch Seifert 1999).

Der bundesrepublikanischen feministischen Friedensforschung galt die Etablierung eines nationalstaatlichen Militärs als direkter Ausdruck patriarchaler Gewaltverhältnisse bzw. als Radikalisierung der alltäglichen männlichen Gewalt, die aus der historisch begründeten Herrschaft des Mannes über die Frau hervorgehe und sich nicht grundlegend von dieser unterscheide (vgl. Albrecht-Heide 1988; 1991). Der zentrale gesellschaftliche Zweck des nationalstaatlichen Militärs liege folglich in der Aufrechterhaltung eines Machtverhältnisses zwischen den Geschlechtern. Die Gründe für diese Art der Konstruktion von männlichem Militär wurde psychoanalytisch plausibilisiert: Militär sei ein Ausdruck männlicher Identität bzw. eines männlichen Sozialcharakters, der die letztendliche Ursache für gesellschaftliche Gewaltverhältnisse darstelle. Frauen, die sich aus freien Stücken entscheiden, Streitkräften beizutreten, versuchen aus dieser Sicht der Dinge, die eigene Kolonialisierung durch Kollaboration abzumildern und laden letztlich die moralische Schuld aller Kollaborateure auf sich: den Verstoß gegen kollektive weibliche Interessen. In friedenspolitischer Hinsicht wird von allen Frauen ein „vollgültiger Widerspruch" gegen alle militärischen Organisationen gefordert (ebda.; eine ausführliche Darstellung und Diskussion dieser Position findet sich in Seifert 1999).

Gegner der Integration von Frauen in die Armee

Ein spezielles Charakteristikum der Debatte über Frauen und Militär liegt darin, dass nicht nur Militärgegner die Integration von Frauen in die Streitkräfte ablehnen; heftige und leidenschaftliche Gegner des weiblichen Soldaten finden sich auch bei Militärbefürwortern. Im Folgenden werden die zentralen Argumentationsmuster dieser politisch gewichtigen Gruppe zusammengefasst, um dann die Frage zu stellen, was aus einer feministischen Perspektive die Gründe sein könnten, für eine Beteiligung von

Frauen an Armeen zu votieren. Eine zentrale Argumentation, die in der einschlägigen Debatte häufig von militärischer Seite als Integrationshindernis vorgetragen wird, bezieht sich auf das sogenannte geschlechtsspezifische Arbeitsvermögen – also die Annahme, die körperliche und/oder psychische Ausstattung von Männern und Frauen beinhalte eine Disposition für bestimmte Arbeitsbereiche. Demnach führt die größere und stärkere männliche Körperkraft und/oder stabilere psychische Ausstattung sozusagen zwangsläufig dazu, dass das Militär männlich ist. Diese Argumentation ist aus der geschlechtsspezifischen Berufsforschung seit den 80er Jahren bekannt und hinlänglich abgehandelt sowie ad acta gelegt worden. Auf eine kurze Formel gebracht lautet das Fazit: Weit davon entfernt, „natürliche" Unterschiede zwischen den Geschlechtern widerzuspiegeln, bringt die Vergeschlechtlichung der Berufsarbeit jene Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die uns ex post als natürlich erscheinen, immer neu hervor.

Eine zweite, gängige Argumentationsfigur ist das „Schutzargument". Es ist in allen westlichen Ländern und Israel für die Geschlechterpolitik des Militärs in der einen oder anderen Form zentral und lautet, dass es ein – wahlweise – kultureller oder biologischer Imperativ sei, Frauen vor den Unbilden kriegerischer Gewaltanwendung zu schützen. Dieses Argument geht in der Regel einher mit der Postulierung eines sogenannten "männlichen Schutzinstinktes". Dieses Argument hat auch in der bundesrepublikanischen Debatte eine lange Geschichte und aktuelle Bedeutung. Anlässlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 wurde der spezifische Verwendung von Frauen im Kriegsfall in ortsfesten Lazaretten „hinter den Linien" und möglichst ohne „Feindberührung" ebenfalls mit ihrem Schutz begründet. Auch als Mitte der 70er Jahre weibliche Sanitätsoffiziere in die Bundeswehr aufgenommen wurden, hielt man fest, dass die Frauen gemäß den Intentionen des Grundgesetzes nicht in Funktionen eingesetzt werden dürfen, die eine unmittelbare Gefährdung durch feindliche Waffeneinwirkung mit sich bringen. Zwar meldeten sich jetzt vereinzelte Gegenstimmen aus dem Militärapparat selbst zu Wort. So erklärte ein General der Bundeswehr, er halte es für unzumutbar, Frauen den Soldatenstatus zu geben, ohne sie nach innerstaatlichem Verfassungsrecht zur Teilnahme an Kampfhandlungen zu ermächtigen, da das gerade bedeuten würde, sie gegenüber dem Angriff von Feindkräften wehrlos zu machen.

Anlässlich einer ExpertInnenanhörung vor dem Rechtsausschuss des Bundestages am 23.2.2000 spielte diese Argumentationsfigur erneut eine Rolle. Professor Wolfgang Löwer aus Bonn erklärte, bei der Vorstellung vom weiblichen Soldaten handle es sich um einen „Romantizismus". Tatsächlich aber gehörten kämpfende Frauen „nicht zu unserer zivilisatorischen Erfahrung", vornehmlich deswegen, weil der „Schutzreflex" männliche Soldaten zwinge, statt zu kämpfen, sich um ihre verwundeten Kameradinnen zu kümmern. Auch Löwer verwies dabei auf eine in der Debatte immer

wieder zitierte „israelische Erfahrung", nach der die militärische Befehlslinie zusammenbricht, wenn Männer Attacken auf ihre weiblichen Kameraden beobachten (taz 25.2.00). Allerdings gibt es dafür bislang weder eine Bestätigung der israelischen (noch irgendeiner anderen) Armee, noch andere empirische Erhärtungen, wie z.B. Augenzeugenberichte.

Der Topos vom Schutzinstinkt darf nach derzeitigem Stand der Forschung der militärischen Folklore und Legendenbildung zugerechnet werden. Er wird schon allein dadurch infrage gestellt, dass in der Geschichte des Staates Israel Frauen niemals in Kampffunktionen zugelassen waren und systematisch von Fronteinsätzen aller Art ferngehalten wurden. Mit der Staatengründung 1949 wurde zwar sowohl für Männer wie für Frauen eine Wehrpflicht eingeführt; das gesonderte Frauenkorps „Chen" wurde allerdings strikt auf nicht-kombattante Funktionen festgelegt. Das „Experiment" einer Verwendung von Frauen in Kampfeinheiten wurde nie gemacht. Der Chefsoziologe der israelischen Armee, Reuven Gal, ließ auf Anfrage verlauten, er kenne zwar diese Gerüchte, hätte allerdings keinerlei Hinweise dafür, dass derartiges in der Geschichte der israelischen Armee tatsächlich vorgefallen sei.

Jahrelange Recherchen der amerikanischen Militärsoziologin Mady Segal zu dieser Frage förderten keine einschlägigen Daten zutage. Segals Fazit anlässlich einer öffentlichen Diskussion; „Die israelische Erfahrung wird häufig zitiert, um nachzuweisen, dass ein Land Frauen in Kampffunktionen hatte und diese Politik aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Effektivität revidierte. Das ist aber schlichtweg unwahr!" (Segal 1992). Das vorläufige Fazit ist: Ein Schutzinstinkt kann – je nach Situation – bei beiden Geschlechtern beobachtet werden und er richtet sich sowohl auf Angehörige des eigenen wie auch des anderen Geschlechts. Ein definitives geschlechtsspezifisches Muster, das von keinen weiteren Variablen abhängig wäre, ist nicht auszumachen.

Ein weiterer Streitpunkt, der im Rahmen des Schutzdiskurses insbesondere in der innermilitärischen Debatte aufgetreten ist, betrifft die Frage, ob Tod und Verwundung von weiblichen Soldaten möglicherweise zur Demoralisierung nicht nur der männlichen Soldaten, sondern der Gesamtgesellschaft führe und auf diese Weise außenpolitische Entscheidungen und Vorgehensweisen präjudizieren könne. Diese Überlegungen beschäftigten amerikanische Politiker und Militärs insbesondere vor der Entsendung von etwa 35.000 weiblichen Soldaten in die Golf-Region Anfang der 90er Jahre nachhaltig und hatten auch während des Golf-Krieges Einfluss auf politische Überlegungen. Als die erste amerikanische Soldatin, die 22-jährige Lastwagenfahrerin Melissa Rathburn-Nealy, in irakische Gefangenschaft geriet, reagierten ihre Vorgesetzten mit Panik.

Auch das Pentagon hatte Bedenken, die Gefangennahme bekanntzugeben. Rathburny-Nealy wurde, obwohl nahezu völlige Sicherheit darüber bestand, dass sie in irakischer Gefangenschaft war, über mehrere Wochen

hinweg als „dust wun", d.h. aus unbekanntem Grund vermisst, kategorisiert. Die amerikanische Öffentlichkeit sollte nicht mit einem weiblichen, amerikanischen Kriegsgefangenen konfrontiert werden. Die Probleme erwiesen sich allerdings als weniger groß als erwartet – zwar war die Gefangennahme des ersten weiblichen Soldaten ein Medienereignis; über das Sensationsinteresse hinaus war aber kein besonderer öffentlicher Druck für die Freilassung von Rathburn-Nealy zu verzeichnen. Im Mittelpunkt des Medieninteresses stand vielmehr die Frage, ob Rathburn-Nealy sexueller Gewalt ausgesetzt sein würde.[1] Die Vize-Präsidentin der großen und einflussreichen Dachorganisationen der amerikanischen Frauenbewegung NOW erklärte dazu: „Wir halten Vergewaltigung für kein Problem, das nur Frauen betrifft. Auch Männer sind Opfer von Vergewaltigung und Sodomie. Wir hoffen sehr, dass alle Kriegsgefangenen in Übereinstimmung mit der Genfer Konvention behandelt werden und betrachten jede Art von Übergriffen, egal ob auf Männer oder Frauen, als gleichermaßen entsetzlich" (zit. in Francke 1997, 96).

Disziplin, Kampfmoral und der weibliche Soldat

Anzumerken bleibt, dass ein Schutzverhalten gegenüber Frauen im allgemeinen, wie viele Beispiele belegen, mitnichten als stabiles kulturelles Muster anzusehen ist. Bestenfalls gilt es den „eigenen" Frauen. In modernen Kriegen sind rund 90 Prozent der Opfer Frauen und Kinder. Im realen Kriegsgeschehen bedeutet Zivilist und/oder weiblich zu sein, keinen Schutzstatus; weitaus häufiger, wie gerade die jüngsten Kriegserfahrungen zeigen, ist das Gegenteil der Fall (vgl. Seifert 1995).

Ein weiterer Argumentationsstrang bezieht sich auf die Überlegung, dass Männer unter Bedingungen von Krieg und Konflikt die Anwesenheit von Frauen auf gleicher Ebene nicht tolerieren könnten, bzw. dass die sozialen Auswirkungen des Geschlechtsunterschiedes die Effizienz der Streitkräfte nachhaltig beeinträchtigen würde. Im Militär, so diese Argumentation, ist Kameradschaft – im Englischen sinnfällig „male bonding" genannt – eine zentrale Kategorie, die das Funktionieren der Gruppe ermöglicht. Die Anwesenheit von Frauen wirke sich destruktiv auf das männliche Zusammengehörigkeitsgefühl aus, das im Falle von Organisationen, die mit der Anwendung von Gewalt zu tun haben, wie Militär und Polizei, aber eine entscheidende Rolle spiele. Das gelte in besonderem Maße für die sogenannten Kampfeinheiten. In seinem Buch "Women in the Military: Flirting with Disaster" (Frauen im Militär: Der Flirt mit der Katastrophe) erklärt der amerikanische Ex-Major Brian Mitchell, ein besonders umtriebiger Akteur in der amerikanischen Debatte, dass die Integration von Frauen ins Militär unweigerlich zum Zusammenbruch der Disziplin und der Moral, zu sexuellem Chaos und der völligen Schwächung der Armee führen müssten. Sexuelle Beziehungen zwischen weiblichen

und männlichen Soldaten sind seiner Ansicht nach prinzipiell nicht vermeidbar. Der Krieg, so Mitchell, ist kein Spielplatz für Gleichberechtigungspolitik. Frauen, so sein Fazit, beschädigen die Einsatzfähigkeit der Armee in erheblichen Maße und führen damit die Nation an den Rand der Katastrophe. Insgesamt, so Mitchell, „zerstören sie den Körper und die Seele des Militärs" (Mitchell, Kap. 10 und 11; p. 341). Er artikuliert damit in nuce die Meinung weiter konservativer Kreise in den USA.

In diesem Zusammenhang ist auf ein Phänomen zu verweisen, das in der US-Armee als Integrationshindernis Nummer eins gilt, nämlich das Problem der sexuellen Belästigung. Trotz massiver Anstrengungen auf institutioneller Ebene, insbesondere dem sogenannten „Gender-Training", das alle militärischen Ränge in regelmäßigen Abständen zu absolvieren haben, zeigten einige Skandale (wovon die prominentesten der Tailhook-Skandal und der Aberdeen-Skandal waren), dass sich diese Problematik hartnäckig in der Organisation hält und, wie neuere Berichte belegen, aktuell im Irak einen neuen Höhepunkt erreicht.[2] Kommentatoren aus dem konservativen politischen Spektrum nehmen das Problem der sexuellen Belästigung zum Anlass, auf die prinzipielle Nicht-Integrierbarkeit von Frauen in die Armee zu verweisen. Vorfälle dieser Art liefern ihrer Meinung einen Beweis für den negativen Einfluss von Frauen auf die Truppe. Aggressivität, so eine Argumentation, ist eine wichtige Persönlichkeitskomponente eines Kämpfers und könne von sexueller Aggressivität nicht abgetrennt werden. Daher müsse die Integration von Frauen notwendigerweise entweder zu sexuellen Übergriffen oder zur Schwächung des Kampfgeistes führen.

Auch Martin van Creveld, der Mitglied in vielen internationalen Expertenkommissionen war, so auch in der Presidential Commission, die im Jahre 1991 über die Zulassung von Frauen in Kampfeinheiten zu befinden hatte, geht davon aus, dass die Integration von Frauen das Militär unattraktiv für viele Männer macht: „... zusammen mit der Rollenteilung im physischen Akt der Fortpflanzung, also der Schwangerschaft und dem Stillen, hat nichts die Beziehung zwischen den Geschlechtern nachhaltiger charakterisiert, als die männliche Weigerung, Frauen an Krieg und Kampf teilnehmen zu lassen. In der gesamten Geschichte haben Männer die Übernahme weiblicher Rollenmuster als Beleidigung ihrer Männlichkeit empfunden; mitunter wurde dies sogar als Bestrafung für Männer eingesetzt. Hätte man Männer gezwungen, Seite an Seite mit Frauen oder gegen sie zu kämpfen, dann wäre daraus entweder ein Spielkrieg geworden – in einigen Kulturen existiert so etwas als allgemeine Volksbelustigung – oder aber sie hätten ihre Waffen angewidert niedergelegt. Auch wenn einige das für eine erstrebenswerte Entwicklung halten, gehört es doch ins Reich der Phantasie. Man kann annehmen, dass Männer, sollten sie jemals mit dieser Alternative konfrontiert sein, sich lieber von den Frauen verabschieden werden, als vom Krieg" (van Creveld zit. in Freedman 1994, 88f.).

Diese Argumentationsmuster kulminierten in der angelsächsischen Debatte häufig in dem Schlagwort, die Armee sei kein soziales Laboratorium. Sie habe sich vielmehr – aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die Sicherheitsinteressen einer Nation – strikt und ohne Abstriche an Effizienzkriterien auszurichten. Gleichstellungserwägungen, wie sie für andere gesellschaftliche Bereiche typisch sind, hätten hier keinen Platz.

Geschlechterpolitik und Friedenspolitik: unvereinbare Politikbereiche?

Was bedeutet das für einen feministischen Standpunkt, oder anders gesagt: Welche frauenpolitischen Anliegen kann man im Themenbereich „Frauen und Militär" überhaupt verorten? Auf diese Frage gibt es sowohl in der politischen wie auch in der wissenschaftlichen Debatte verschiedener Länder unterschiedliche Antworten. Ging es in Deutschland noch bis in die 90er Jahre hinein um die Möglichkeit der Abschaffung des Militärs und eine weitgehende feministische Distanzierung von dieser Organisation, so wurden im internationalen Kontext andere Akzente gesetzt. Die Abschaffung des Militärs wurde kaum mehr als realistische Möglichkeit diskutiert. Grundlage der aktuellen Debatte ist die Prämisse, dass Armeen nolens volens auf absehbare Zeit weiterbestehen werden und dass politische Strategien auf Reduzierungen und insbesondere auf interne Reformen abzielen müssen. An diesen internen Reformen und Entwicklungen ist allerdings nachhaltiges feministisches Interesse festzustellen. Darüber hinaus wurden in der internationalen feministischen Debatte Fragen ventiliert, die sich schwerpunktmäßig auf Peacekeeping-Einsätze und die Folgen eines ausschliesslich männlichen Militärs in diesem Kontext beziehen. Zwei Problembereiche stehen im Mittelpunkt. Zum einen wurde und wird die Frage gestellt, welche Organisationskultur sich in einer Organisation entwickelt, die Frauen qua biologischer Geschlechtszugehörigkeit ausschließt, auf männlich kodierten Werten beruht und einen hohen Stellenwert in der Herstellung derselben hat, was der australische Geschlechterforscher Connell „hegemoniale Männlichkeit" nennt. Zweitens wird diskutiert, welche Auswirkungen die Männlichkeit des Militärs auf die Situation der weiblichen Zivilbevölkerung in Kriegs- und Krisengebieten und auf die internationale Politik generell hat.

Das Verhalten einer männlichen Armee ist generell, wenn auch in national variierender Weise, in eine männliche Organisationskultur eingebettet, in der ein kulturell konstruiertes Bedürfnis nach Geselligkeit und Sex das Klima der Organisation bestimmt. Dabei spielt offensichtlich „hegemoniale Männlichkeit" eine herausragende Rolle. Als zentrale Charakteristika einer hegemonialen Männlichkeit gelten: Erstens Heterosexualität (Homosexualität ist bekanntlich in allen Armeen ein heikles Thema). Erst im Frühjahr 2000 entschloss sich die Bundeswehr, auch bekennende Ho-

mosexuelle in der Armee zuzulassen. Vorher galt: Homosexualität sei aufgrund negativer Auswirkungen auf den Truppenzusammenhalt, die Stimmung in der Truppe und die militärischen Beziehungen mit dem Dienst in der Bundeswehr nicht vereinbar. Zweitens ein Verständnis von Männlichkeit, das ein bestimmendes Auftreten, Durchsetzungsfähigkeit und Aggressivität als besonders männlich definiert. Drittens ein Verständnis von Männlichkeit, das diese stark von Weiblichkeit abgrenzt und Weiblichkeit als das Andere, nicht Zugehörige setzt. Männlichkeitskulte, für die der Ausschluss und die Minderbewertung des Weiblichen kennzeichnend ist, finden sich in allen Armeen.

Wie könnte sich nun ein größerer Frauenanteil in der Armee auf diese Organisationskultur auswirken?

Ein Diskussionsvorschlag lautet, dass ein höherer Frauenanteil dazu führen müsse, dass die militärische Führung nolens volens Verantwortung und Fürsorge für weibliche Belange zu übernehmen habe und Frauen nicht langfristig aus verantwortungsvollen Positionen fernzuhalten seien. Damit wird nicht die (organisationssoziologisch gesehen) naive Erwartung verbunden, die Organisation würde durch einen gewissen Frauenanteil kurzfristig ihre Kultur verändern. Das amerikanische Beispiel zeigt, dass Veränderungen der Organisationskultur mitnichten ein Effekt der Vergrößerung des Frauenanteils sind; hinzukommen müssen politischer Druck sowie der dezidierte Wille der militärischen Führung, Einfluss auf diese Organisationskultur zu nehmen.

Die Männlichkeit des Militärs hat aber auch nachhaltige Auswirkungen auf die Situation der weiblichen Zivilbevölkerung in Einsatzgebieten. Einer der ersten Akte des französischen Peacekeeping-Kontingents in Kambodscha war die Einrichtung eines Militärbordells. Militärprostitution ist in der Vergangenheit zwischen den an Stationierungen beteiligten Ländern auf hoher Regierungsebene zum Verhandlungsgegenstand geworden. Sie gilt in der Regel, als „normaler" Bestandteil von Einsätzen. Bezeichnend ist allerdings, dass dies nicht immer der Fall ist, sofern sich die militärische Führung aus politischen Gründen zum Prostitutionsverbot entschließt. So stand, um ein Beispiel zu nennen, der Golf-Krieg mit Rücksicht auf die saudi-arabischen Verbündeten und deren Vorstellungen von einem „sauberen Krieg" unter strikter sexueller Kontrolle, d.h. in der Nähe des Einsatzgebietes wurde keinerlei Prostitution geduldet. Im Regelfall allerdings wird für die Bereitstellung und Erleichterung von Prostitution ein großer organisatorischer und finanzieller Aufwand betrieben (was auch die derzeitig praktizierte Bereitstellung von Kondomen für Soldaten in Einsatzgebieten zeigt). Aus der Perspektive des Militärs handelt es sich dabei um keine problematisierungswürdige Praxis.

Anders sieht das häufig aus der Perspektive der betroffenen Zivilbevölkerung aus. Neben der Kriegsprostitution stellt eine Folgewirkung der Männlichkeit des Militärs das seit einigen Jahren auf UNO-Ebene diskutierte Problem des geschlechtsspezifischen Verhaltens von Peacekeepern in Einsatzgebieten dar, genauer: das Verhalten gegenüber Frauen und die Behandlung geschlechtsspezifischer Problemlagen im Einsatzgebiet. Ein besonders hervorstechendes Beispiel dafür war die Kambodscha-Mission, im Laufe derer es zu offiziellen Beschwerden an den Leiter der Mission, Akashi, über das geschlechtsspezifische Verhalten von Peacekeepern kam, die allerdings von Akashi als irrelevant abgetan wurden. Es war in Kambodscha zu einer Protestaktion seitens der Zivilbevölkerung gekommen, im Laufe derer Akashi ein Brief mit 180 Unterschriften überreicht wurde, der auf kontinuierliche sexuelle Belästigung kambodschanischer Frauen durch UNTAC-Personal hinwies. Akashis Antwort war, dass er selbst kein Puritaner sei, und dass junge heißblütige Soldaten ein Recht darauf hätten, ein paar Bier zu trinken und hinter jungen schönen Dingern des anderen Geschlechts herzujagen (Fetherston 1995, 23). Ähnliches ist aus dem Bosnien-Einsatz bekannt. Ein kroatischer Beobachter wies darauf hin, dass, im wesentlichen bedingt durch die Stationierung der Peacekeeping-Truppen, die Sex-Industrie die größte Wachstumsindustrie des Landes geworden ist (vgl. Kesic 1999, 191).

Diese spezifischen Problemlagen haben einige politische Akteure – unter ihnen das Department for the Advancement of Women bei der UNO und die schwedische Regierung – bereits Anfang der 90er Jahre veranlasst, den verstärkten Einsatz von Soldatinnen in Peacekeeping-Truppen zu fordern. Auch die bei der Frauenkonferenz in Peking zentrale Forderung des „Mainstreaming" von Geschlechterfragen zielt auf eine gleiche Beteiligung von Frauen in allen UNO-Agenturen und -Aktivitäten ab, inklusive den militärischen und den Polizeieinheiten. Geschehen ist bislang allerdings wenig. Die meisten Entsenderstaaten verweigern der UNO schlichtweg die Bereitstellung eines größeren Frauenanteils, sowohl in Militär- wie auch in Polizeieinheiten, wobei der Frauenanteil bei der UNO-Polizei z.T. noch unter dem im militärischen Bereich liegt.

Zentrale Argumente bei der Forderung nach einem verstärkten Frauenanteil waren folgende Überlegungen: Zum einen versprach man sich davon eine Eindämmung der notorischen sexuellen Übergriffe von UNO-Soldaten und eine Eindämmung der explosionsartigen Zunahme von Prostitution in Einsatzgebieten. Sexuelle Übergriffe auf die weibliche Zivilbevölkerung sowie Kriegsprostitution wurden als kontraproduktiv für die Befriedung der Lage der betroffenen Länder und für die Herstellung einer tragfähigen Zivilgesellschaft angesehen. Darüber hinaus versprach der Einsatz von weiblichen Soldaten einen besseren Zugang zur weiblichen Zivilbevölkerung. Auf diese Weise, so die Argumentation, könne ein

größerer Einfluss auf eine demokratische Ausgestaltung der Geschlechterverhältnisse genommen und eine stärkere Berücksichtigung weiblicher Interessen in den betroffenen Gebieten gewährleistet werden. Erfahrungsberichte von NGOs deuten darauf hin, dass der Einsatz von Frauen in UNO Militär- und Polizeieinheiten, aber auch in den zivilen Agenturen, in der Tat zu einer verstärkten Wahrnehmung und Berücksichtigung der Problemlagen von Frauen in den Gebieten führt und soziale, politische und ökonomische Konsequenzen für die Region haben kann, sofern diese Frauen in führenden Positionen eingesetzt werden (so Madeleine Rees, Vertreterin der UNO-Menschenrechtskommission in Sarajevo).

Die Beobachtung einer norwegischen Offizierin (einer der wenigen Frauen, die im Department of Peacekeeping Operations bei der UNO in New York gearbeitet haben) ist beispielhaft. Sie wies darauf hin, dass Menschenrechtsverletzungen an Frauen bisher keine Intervention der UNO bzw. des Department of Peacekeeping Operations ausgelöst haben. Die Gründe dafür sah sie in den Informationen, die das Department of Peacekeeping Operations über Konfliktszenarien und friedensgefährdende Situationen erreichten und die einen entsprechenden Handlungsbedarf definierten. Diese werden in erster Linie von militärischen Repräsentanten vor Ort an die UNO gemeldet. Aus der Sicht einer militärisch geprägten Männlichkeit werden Menschenrechtsverletzungen an Frauen eher selten als politische Akte oder brisantes Konfliktszenario wahrgenommen. Die Folge ist, dass sich eine bestimmte (subjektive) Wahrnehmung in einer bestimmten Informationspolitik niederschlägt, die ihrerseits dann wiederum internationale Resonanz und politische Aktivitäten auslöst und beeinflusst.

Während die Bedeutung der Präsenz verschiedener nationaler und ethnischer Gruppierungen zur Sicherung einer ausgewogenen Wahrnehmung der Situation weitgehend akzeptiert ist (z.B. als Präsenz verschiedener Nationalitäten im Rahmen von Peacekeeping-Operationen), fällt es offenbar schwer, der dominanten Männlichkeit des Militärs politische Relevanz zuzugestehen. Garantiert doch die Männlichkeit des Militärs auch die Privilegierung einer bestimmten Wahrnehmungsperspektive in der internationalen Politik, und diese bestimmt militärische, politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Eine Folge davon ist, dass die Frage demokratischer oder undemokratischer Geschlechterbeziehungen kaum in die Frage nach der demokratischen Ausgestaltung von Gesellschaften eingeht, während z.B. die ethnischen Verhältnisse oder die Frage des Rassismus durchaus als politisch relevantes Thema gelten.

Militär und Geschlecht – das merkwürdige Desinteresse an Reflexion

Die aktuellen Entwicklungstrends zum Thema „Frauen und Militär" zeigen, dass neue Komplexitäten entstehen und neue Themen auf der Agenda er-

scheinen, die sowohl für die praktische Politik als auch für die feministische Debatte von Bedeutung sind. Betrachtet man die weitreichenden existentiellen, sozialen, (geschlechter-)politischen und symbolischen Folgen, die der Einsatz von Streitkräften und das militärische Geschlechtermanagement auch unterhalb der Schwelle kriegerischer Gewaltanwendung haben (vgl. z.B. Zarkov/Cockburn 2002; Seifert 2004; Mazurana et al. 2005), darf die Frage des Verhältnisses von Militär und Geschlecht eigentlich kein Randthema der politischen Debatte sein.

Dennoch ist zu konstatieren, dass diese Debatte sowohl im angelsächsischen wie auch im deutschsprachigen Raum aus jeweils verschiedenen Gründen abgebrochen ist. In den USA traten nach dem Amtsantritt von George W. Bush verstärkt zivile politische Gegner der Integration auf den Plan. So formierten sich in den USA rechtskonservative und erklärt antifeministische Kräfte in Militär und Gesellschaft, die die Geschlechterintegration in den Streitkräften seit ihren Anfängen abgelehnt hatten und mit der Bush-Administration eine Chance für die Umkehrung der militärischen Geschlechterpolitik für gekommen sahen. Die Ereignisse des 11.9.2001 und die darauffolgende Neudefinition von Sicherheitsinteressen gaben diesen Gruppierungen zusätzlichen Auftrieb. Wichtig, so die nunmehr mobilisierte Argumentation, seien angesichts der neuen Bedrohungsszenarien ausschließlich Fragen der nationalen Sicherheit und nicht Fragen der „korrekten" Geschlechterpolitik. Es ginge jetzt um die Aufrechterhaltung der Schlagkraft der Armee, und diese könne nur durch eine klare Aufrechterhaltung der Geschlechtergrenzen gewährleistet werden (vgl. van Creveld 2000; Gutman 2000; Dougherty 2002; Yoest und Yoest 2002). Der weibliche Soldat, so jetzt eine weitere Argumentation, der in Gefangenschaft gerät, gefährde die nationale Sicherheit, da die Vergewaltigung einer Soldatin die Moral der Nation in stärkerem Maße beeinträchtige als Tod und Verwundung eines männlichen Soldaten. In Übereinstimmung damit forderte im Juli 2001 ein Mitglied des House Armed Services Committee Präsident Bush auf, Frauen im Militär in keinerlei Funktion einzusetzen, in denen sie in Gefangenschaft geraten können, da sie ansonsten aufgrund der Vergewaltigungsmöglichkeit zum „nationalen Sicherheitsrisiko" würden (vgl. Pierce 2001 und Brower 2002).

Während Bush eine ambivalente Haltung in Sachen „Frauen und Militär" nachgesagt wird, sprach sich Deputy Secretary of Defense Wolfowitz explizit für eine Einschränkung der Rolle von Frauen im US-Militär aus (Brower 2002). Bemerkenswert im Rahmen dieser Entwickungen ist, dass die Kompetenzen des legendären DACOWITZ (Defense Advisory Committee on Women in the Military), eines unabhängigen Gremiums, das 1951 ins Leben gerufen wurde, dramatisch beschnitten wurde. DACOWITZ setzt sich aus weiblichen und männlichen Zivilisten zusammen, die verschiedene Gesellschaftsbereiche repräsentieren und die in Sachen Rekrutierung, Verwendung und Integration von Frauen in die Streitkräfte Bera-

tung leisten sollen. DACOWITZ entwickelte sich in den 80er Jahren zu einer einflussreichen Institution, die sich dezidiert für die Öffnung aller militärischen Verwendungen für beide Geschlechter einsetzte. Die Bush-Administration „kastrierte" DACOWITZ in den Worten von Brower und vereidigte 2001 ein quantitativ reduziertes Gremium, dessen Kompetenzen eingeschränkt wurden auf die Themen „Gesundheit weiblicher Soldaten", „Einsatzfähigkeit weiblicher Soldaten" und „Auswirkungen des Einsatzes auf das Familienleben". Von Fragen der Gleichstellung, der Gleichbehandlung oder der Erhöhung des Frauenanteils im Militär hätte sich das DACOWITZ in Zukunft fernzuhalten (vgl. Brower 2002). Rechtskonservative Kreise konnten einen Teilerfolg in Sachen „militärische Geschlechterpolitik" verzeichnen.

Was die Situation in Deutschland anbetrifft, so sind erstaunliche Positionswechsel und Rückzüge aus der Debatte zu beobachten. Zwar wurde die Bundeswehr geöffnet – allerdings nicht aufgrund innermilitärischer oder gesellschaftspolitischer Prozesse und Debatten, sondern durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der die Geschlechterpolitik der Bundeswehr als Verstoß gegen die Gleichbehandlungsrichtlinien des Europäischen Rates bewertete. In der Folge kam es zu einer Änderung des Grundgesetzes, das den Frauen bisher den Waffendienst verboten hatte. Seit 2001 sind alle militärischen Bereiche theoretisch für Frauen offen.

Im Umkreis des EuGH-Urteils revidierten alle politischen Parteien, die in der Vergangenheit dezidiert und leidenschaftlich Position gegen Frauen im Militär bezogen hatten (insbesondere die SPD und die Grünen), ihre Haltung schnell, umstandslos und argumentationslos. Bei der Abstimmung zur Änderung der entsprechenden Grundgesetz-Artikel gab es trotz umfassender, jahrzehntelanger Opposition gegen Frauen in der Bundeswehr in allen Parteien lediglich 5 Nein-Stimmen (2 bei der SPD, 2 bei der Union und 1 bei den Grünen) und 26 Enthaltungen, wovon 14 auf die PDS entfielen.

Nach dem Urteil des EuGH brach die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Thematik in Deutschland ab: „Dem schnellen Meinungsumschwung für eine Grundgesetzänderung ist genauso schnell ein breites Desinteresse an der Thematik gefolgt" (Apelt 2002). Unbeobachtet bleibt dabei, welche Geschlechterkonstruktionen innerhalb des Militärs stattfinden und in welcher Beziehung sie zu zivilen Geschlechterkonstruktionen stehen (vgl. Seifert 2006; Dittmer/Mangold 2007). Eine wissenschaftliche Reflexion und Bearbeitung dieses beredten Schweigens zum Thema Geschlecht und Militär seit 2000 fehlt bislang. Das Thema „Geschlecht und Militär" wurde nach dem EuGH-Urteil sowohl politisch wie auch akademisch ad acta gelegt. Es harrt, ebenso wie viele andere militärbezogene Themen im deutschsprachigen Raum, nach wie vor des politischen, gesellschaftlichen und akademischen Interesses.

Anmerkungen

1 Rathburn-Nealy war keinen sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Sie wurde strikt nach kriegsvölkerrechtlichen Vorgaben behandelt und kehrte nach einigen Wochen in irakischer Gefangenschaft wohlbehalten in die USA zurück.

2 So berichtete Brig.Gen. Karpinski, ehemals Kommandeurin in Abu Graib und als „Rumsfelds Sündenbock" bekannt geworden, vor der Commission of Inquiry for Crimes against Humanity Committed by the Bush Administration in New York, dass mehrere weibliche Soldaten im Irak an Dehydration verstarben, da sie zuwenig Flüssigkeit zu sich genommen hatten, um zu vermeiden, nach Einbruch der Dunkelheit die Toiletten im Camp aufsuchen zu müssen, da Gefahr an Leib und Leben durch die männlichen Kameraden bestand. Die Zustände werden nach Aussagen von Karpinski von militärischer und politischer Seite weitgehend ignoriert (vgl. hierzu Cohn 2006; Vermont Guardian 24. November 2007).

Literatur

Apelt, Maja, 2002: Die Integration der Frauen in die Bundeswehr ist abgeschlossen. Soziale Welt 3

Bloom, A.R., 1999: Women in the Defense Forces. In: Weissmann, D. (ed.), Myths and Realities. Perspectives on Women in Israeli Culture and Society, Jerusalem 1993

Brower, Michael, 2002: A Case for Women Warfighters. In: Military Review, Winter 2002

Cohn, Marjorie, 2006: Military Hides Causes of Women Soldiers' Deaths. In: truthout, www.truthout.org. 30. Januar

Connell, Robert W., 1999: Der gemachte Mann. Konstruktionen und Krise von Männlichkeit. Opladen

Cornum, Rhonda/Peter Copeland, 1999: She Went to War. The Rhonda Cornum Story.

Dittmer, Cordula/Mangold, Anne, 2007: Auf dem Weg zu einer Gleichstellung der Geschlechter? Das Gleichstellungsgesetz für Soldatinnen und Soldaten. In: femina politica 1

Dougherty, Jon, 2002: Women Slam Armed Forces' PC Policies. Groups Call on Bush to Toughen Standards, Dump Co-Ed Training. In: WorldNetDaily 1.2.2002

Fetherston, A. Betts., 1995: U.N. Peacekeepers and Cultures of Violence. In: Cultural Survival Quarterly 1:19

Fineman, Ilene R., 2000: Citizenship Rites: Feminist Soldiers and Feminist Antimilitarists. New York

Francke, Linda Bird, 1997: Ground Zero. The Gender Wars in the Military. New York

Gutman, Stephanie, 2000: The Kinder, Gentler Military. Can America's Gender-Neutral Fighting Force Still Win Wars? New York

Mazurana, Dyan et al. (eds.), 2005: Gender, Conflict, and Peacekeeping. Lanham

Kesic, Obrad, 1999: Women and Gender Imagery in Bosnia: Amazons, Sluts, Victims, Witches, and Wombs. In: Sabrina P. Ramet/Branka Magas (eds.), Gender Politics in the Western Balkans, University Park

Mitchell, Brian, 1998: Women in the Military: Flirting with Disaster. Washington

Niva, Steve, 1998: Tough and Tender: New World Order Masculinity and the Gulf War. In: Marysia Zalewiski/Jane Parpart (eds.), The Man Question in International Relations, Boulder

Pierce, Jason, 2001: Co-Ed Basic Training Hurts Military Experts Say. In: CNSNEWS.Com, 25.7.2001

Pollak Iselin, 1997: Eugenie, Einsatz und Ausbildung der Frauen in der Schweizer Armee. Bern

Segal, Mady, 1992: Diskussionsbeitrag in „Women in other Militaries". In: Women in the Military. International Perspectives, Proceedings of the Conference Sponsored by the Women´s Research and Education Institute, Washington

Seifert, Ruth, 1995: Der weibliche Körper als Symbol und Zeichen. Geschlechtsspezifische Gewalt und die kulturelle Konstruktion des Krieges. In: Andreas Gestrich (Hg.), Gewalt im Krieg, Münster

Dies.,1999: Militär und Geschlechterverhältnis. Entwicklungslinien einer ambivalenten Debatte. In : Eifler, Christine/Ruth Seifert (Hsg.), Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis, Münster

Dies. (ed.), 2004: Gender, Identität und kriegerischer Konflikt. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien, Münster.

Dies., 2006: Discourses on Female Nature Revisited: Soldiers and Mothers in the German Bundeswehr. In: Proceedings of the Conference Women in the Military Today, Women's Research and Education Institute, Arlington

Van Creveld, Martin, 1993: Why Israel doesn´t Send Women into Combat. In: Parameters 1/1993

Ders., 1991: Why Men Fight. In: Lawrence Freedman (ed.), War, Oxford 1994.

Vermont Guardian 24. November 2007.

Webster, Alexander F.C., 1991: Paradigms of the Contemporary American Soldier and Women in the Military. In: Strategic Review 3

Wetterer, Angelika (ed.), 1995: Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen, Frankfurt/M 1995

Yoest, Charmaine/Jack Yoest 2002: Booby Traps at the Pentagon. In: The Women's Quarterly, Winter 2002

Zarkov, Dubravka/Cynthia Cockburn (eds.), 2002: The Postwar Moment: Militaries, Masculinities and International Peacekeeping. London

FGS Freiburger Geschlechter Studien

Zeitschrift für interdisziplinäre Geschlechterforschung

Männer und Geschlecht
Band 21

Nina Degele: **Für ein genaues Hinschauen,** Dirk Naguschewski: **Versehrte Männer – Figurationen des Homosexuellen im französischen Kino,** Cordula Dittmer: **Kämpfer, Sozialarbeiter, Friedensengel? – Männlichkeit und Militär in Peacekeeping-Einsätzen,** Nina Baur: **Der perfekte Vater – Vaterschaftsvorstellungen deutscher Männer,** Uta Schirmer: **„Wollt ihr alle Männer sein?" – Geschlechtliche Verortungen und Verhandlungen von ‚Männlichkeit' in einer Drag King-Szene,** Hans-Joachim Lenz: **Von den men's studies zur männlichen Verletzungsoffenheit – Zur kurzen Geschichte der Männerforschung in Deutschland,** Andrea Maihofer, Klaus Theweleit, Nina Degele: **Das moderne männliche Subjekt im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Foucault u.a., außerdem Rezensionen**

ISBN 978-3-928013-48-2
Bestellungen an: ZAG, Universität Freiburg, 79098 Freiburg; frauenst@mail.uni-freiburg.de; Einzelpreis bis Band 20: 12,50 €, ab Band 21: 15€, jeweils zzgl. Porto (1,50 €).**http://www.zag.uni-freiburg.de**